

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XX

Einleitung

I. Ausgangsfälle	1
II. Gegenstand der Untersuchung	3
III. Ziel der Untersuchung	3
IV. Methoden der Untersuchung	8
V. Grobstruktur der Untersuchung	8

Erster Teil

Normentheoretischer und verfassungsrechtlicher Hintergrund der Untersuchung

I. Unterscheidung zwischen Verhaltens- und Sanktionsnormen	9
A. Einführung	9
B. Die Verhaltensnormen und ihr Zusammenhang mit der Straftat	11
1. Inhalt und Funktion der Verhaltensnormen	11
2. Positivierte bzw. nicht positivierte Verhaltensnormen	12
3. <i>Ex ante</i> -Perspektive bei der Aufstellung von Verhaltensnormen	13
4. Der Verhaltensnormverstoß als Grundvoraussetzung jeder Straftat	14
5. Zusätzliche Sanktionserfordernisse neben dem spezifischen Verhaltensnormverstoß	16
C. Aufgabe und Wesensmerkmale der Sanktionsnormen	17
1. Aufgabe der Sanktionsnormen	17
2. Akzessorischer Charakter der Sanktionsnormen	18
3. Fragmentarischer Charakter der Sanktionsnormen	19
II. Verfassungsrechtliche Legitimation der Verhaltens- und strafrechtlichen Sanktionsnormen	20
A. Verhaltens- und Sanktionsnormen als Grundrechtseingriffe	20
1. Verhaltensnormen als Grundrechtseingriffe	20
2. Strafrechtliche Sanktionsnormen als Grundrechtseingriffe	21
a) Primärsanktion	21
b) Sekundärsanktion	22
3. Zwischenergebnis	22

B.	Verfassungsrechtliche Legitimationsbedingungen der Verhaltensnormen	23
1.	Legitimer öffentlich-rechtlicher Zweck	23
2.	Geeignetheit der Verhaltensnormen	24
a)	Bedeutung des Gebots der Geeignetheit	24
b)	Ungeeignetheit von bloßen Verursachungsverboten	24
c)	Geeignetheit von Instruktions- und Warnpflichten	25
3.	Erforderlichkeit der Verhaltensnormen	26
a)	Bedeutung des Gebots der Erforderlichkeit	26
b)	Erforderlichkeit von Produktverboten	26
4.	Angemessenheit der Verhaltensnormen	27
a)	Bedeutung des Gebots der Angemessenheit	27
b)	Schritte der Angemessenheitsprüfung	27
5.	Bedeutung der angedeuteten verfassungsrechtlichen Grenzen für die Rechtskonkretisierung	29
6.	Übernahmeverschulden	30
C.	Verfassungsrechtliche Legitimationsbedingungen der Sanktionsnormen	30
1.	Geeignetheit	31
2.	Erforderlichkeit	31
a)	Zivilrechtliche Schadensersatzverpflichtungen	32
b)	Durchsetzungsinstrumente des öffentlichen Produktsicherheitsrechts	33
3.	Angemessenheit	34
4.	Zwischenergebnis	37
5.	Ausnahmen von der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes von Strafe auf dem Gebiet der Produktverantwortlichkeit	37
a)	Fehlende Ursächlichkeit des Verhaltens für den Erfolg	38
b)	Fehlender Realisierungszusammenhang zwischen Verhalten und Erfolg	39
III.	Zusammenfassung	41

Zweiter Teil

Grundlagen der strafrechtlichen Produktverantwortung

I.	Begriff der strafrechtlichen Produktverantwortung	42
A.	Deutsches Strafrecht	42
1.	Fehlen einer einheitlichen Terminologie	42
2.	Betriebsstätten-Fälle	43
3.	Umweltschäden durch „negative Güter“	44
B.	Spanisches Strafrecht	45
1.	Einheitliche Terminologie	45
2.	Betriebsstätten-Fälle	46
3.	Umweltschäden durch „negative Güter“	46
C.	Zusammenfassung	47

II. Leitentscheidungen zur strafrechtlichen Produktverantwortung	48
A. Leitentscheidungen in Deutschland	48
1. Zwischenstecker-Fall	48
2. Contergan-Fall	49
3. Monza-Steel-Fall	50
4. Mandelbienenstich-Fall	51
5. Hobby-Chemiekasten-Fall	51
6. Lederspray-Fall	52
7. Holzschutzmittel-Fall	54
B. Leitentscheidungen in Spanien	55
1. Winzer-Fall	55
2. Colza-Fall	56
a) Das Urteil gegen die in der Ölbranche tätigen Unternehmer (Colza I)	58
b) Das Urteil gegen Beamte des Zollamts und des Ministeriums für Handel (Colza II)	60
3. Clenbuterol-Fall	61
C. Zwischenergebnis	62
1. Die geringe Anzahl der Urteile im Bereich strafrechtlicher Produktverantwortung in Spanien	62
2. Das Vorherrschen der Tötungs- und Körperverletzungsdelikte in der deutschen Rechtsprechung	63
3. Nachweis der generellen Kausalität als gemeinsames Problem in der deutschen und spanischen Rechtsprechung	65
III. Strafrechtliche Sanktionsnormen und strafbare Verhaltensweisen im Rahmen der Produktverantwortung	67
A. Deutsches Strafrecht	67
1. Strafrechtliche Sanktionsnormen zur Produktverantwortung	67
a) Kernstrafrecht	68
aa) §§ 223, 224, 229 StGB – Körperverletzungstatbestände	68
(1) § 223 StGB – Grundtatbestand	68
(2) Pränatale Einwirkungen als Körperverletzung?	69
(3) § 224 StGB – Gefährliche Körperverletzung	70
bb) §§ 211, 212, 222 StGB – Tötungstatbestände	71
cc) § 314 Abs. 1 Nr. 2 StGB – Gemeingefährliche Vergiftung	71
dd) § 330a StGB – Schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften	73
b) Nebenstrafrecht	74
aa) § 95 Abs. 1 Nr. 1 AMG – Inverkehrbringen bedenklicher Arzneimittel	74
bb) § 58 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 7 LFGB – Herstellen, Behandeln oder Inverkehrbringen bedenklicher Lebensmittel oder gesundheitsschädlicher Stoffe	75

2.	Strafbare Verhaltensweisen im Rahmen strafrechtlicher Produktverantwortung	76
a)	Aktives Tun und Unterlassen	77
aa)	Allgemeine Erwägungen	77
	(1) Begehungs- und Unterlassungsdelikte	77
	(2) Echte und unechte Unterlassungsdelikte	77
	(3) Bedeutung der Qualifizierung eines Verhaltens als Tun oder Unterlassen	77
bb)	Aktives Tun und Unterlassen im Bereich der strafrechtlichen Produktverantwortung	79
	(1) Die Unterscheidung von Tun und Unterlassen im Lederspray-Fall	79
	(2) Kritik an der Argumentation des BGH im Lederspray-Fall	81
cc)	Garantenstellung des Herstellers	81
	(1) Grundlagen der Garantenstellung nach Ansicht des BGH im Lederspray-Fall	82
	(2) Kritik der Literatur an der Argumentation des BGH im Lederspray-Fall	83
	(a) Begründung der Pflichtwidrigkeit der Handlung	83
	(b) Die Erkennbarkeit der Gefährlichkeit des pflichtwidrigen Vorverhaltens	84
	(3) Die auf den berechtigten Erwartungen der Verbraucher beruhende Garantenstellung des Herstellers	86
b)	Fahrlässiges und vorsätzliches Verhalten	87
aa)	Allgemeine Erwägungen zu Fahrlässigkeit und Vorsatz	87
bb)	Fahrlässiges und vorsätzliches Verhalten im Bereich strafrechtlicher Produktverantwortung	88
	(1) Strafrechtliche Produktverantwortlichkeit als eine Frage fahrlässigen Verhaltens	89
	(2) Strafrechtliche Produktverantwortlichkeit auch als eine Frage vorsätzlichen Verhaltens	90
	(3) Feststellung des Eventualvorsatzes auf dem Gebiet strafrechtlicher Produktverantwortlichkeit – Ausschluss gegenläufiger Alternativhypothesen	92
B.	Spanisches Strafrecht	94
1.	Strafrechtliche Sanktionsnormen zur Produktverantwortung	95
a)	Körperverletzungs- und Tötungstatbestände im Código Penal	95
aa)	Art. 147, 148, 152 und 157 spStGB – Körperverletzungstatbestände	95
	(1) Art. 147 Abs. 1 Satz 1 spStGB – Grundtatbestand	95
	(2) Art. 148 Nr. 1 spStGB – Qualifizierter Körperverletzungstatbestand	96
	(3) Art. 152 Abs. 1 spStGB – Fahrlässige Körperverletzung	97

(4)	Art. 152 Abs. 3 spStGB – Durch berufliche Fahrlässigkeit verursachte Körperverletzung	97
(5)	Art. 157 spStGB – Pränatale Einwirkungen als Körperverletzung	98
bb)	Art. 138 und 142 spStGB – Tötungstatbestände	98
b)	Delikte gegen die Volksgesundheit im Código Penal	98
aa)	Art. 361 und 362 spStGB – Delikte durch bedenkliche Arzneimittel	99
(1)	Definition	99
(2)	Beschreibung der Delikte durch bedenkliche Arzneimittel	100
bb)	Art. 363 (Nr. 1, 2, 3 und 5), 364 und 365 spStGB – Delikte durch gesundheitsschädliche Lebensmittel	101
(1)	Art. 363 Nr. 1, 2, 3 und 5 spStGB – Delikte durch Herstellung und Vertrieb gesundheitsschädlicher Lebensmittel	101
(2)	Art. 364 Abs. 1 spStGB – Delikte durch Veränderung von Lebensmitteln	102
(3)	Art. 364 Abs. 2 spStGB – Delikte durch Veränderung von Fleisch und Erzeugnissen von Tieren	103
(4)	Art. 365 spStGB – Delikte durch Vergiftung oder Veränderung von Trinkwasser oder Nahrungsstoffen	104
cc)	Art. 359, 360 und 363 Nr. 4 spStGB – Delikte durch andere gefährliche Substanzen bzw. Produkte	105
(1)	Art. 359 spStGB – Unbefugtes Herstellen von oder Handeln mit gesundheitsschädlichen Substanzen	105
(2)	Art. 360 spStGB – Handel mit gesundheitsschädlichen Substanzen ohne Erfüllung der gesetzlichen Formalien	106
(3)	Art. 363 Nr. 4 spStGB – Nicht genehmigtes Verarbeiten von oder Handeln mit gesundheitsschädlichen Produkten	106
dd)	Art. 366 spStGB – Besondere Nebenfolge der Delikte gegen die Volksgesundheit	106
2.	Strafbare Verhaltensweisen im Rahmen strafrechtlicher Produktverantwortung	107
a)	Aktives Tun und Unterlassen	108
aa)	Allgemeine Erwägungen	108
(1)	Begehungs- und Unterlassungsdelikte	108
(2)	Echte und unechte Unterlassungsdelikte	108
(3)	Bedeutung der Qualifizierung eines Verhaltens als Tun oder Unterlassen	109
bb)	Aktives Tun und Unterlassen im Bereich der strafrechtlichen Produktverantwortung	109
cc)	Garantenstellung des Herstellers	110
b)	Fahrlässiges und vorsätzliches Verhalten	111

aa)	Allgemeine Erwägungen zur Fahrlässigkeit und zum Vorsatz	111
bb)	Fahrlässiges und vorsätzliches Verhalten im Bereich strafrechtlicher Produktverantwortung	112
C.	Zwischenergebnis	114
1.	Strafrechtliche Sanktionsnormen zur Produktverantwortung im deutschen und spanischen Recht	114
2.	Aktives Tun und Unterlassen im deutschen und spanischen Produktverwaltungsstrafrecht	116
3.	Fahrlässiges und vorsätzliches Verhalten im deutschen und spanischen Produktverwaltungsstrafrecht	116

Dritter Teil

Konkretisierung der Herstellerpflichten als Hauptproblem der strafrechtlichen Produktverantwortung

I.	Einführung	118
II.	Deutsches Recht	120
A.	Positivierte Grundregeln zur Konkretisierung der Herstellerpflichten – das Produktsicherheitsgesetz	120
1.	Einführung	120
2.	Grundregeln zur Konkretisierung der Herstellerpflichten des § 3 ProdSG	121
a)	Regelungsgehalt	121
b)	Präzisierung der Konstruktions- und Fabrikationspflichten	122
c)	Verwendungsweisen eines Produkts	123
aa)	Die bestimmungsgemäße Verwendung eines Produkts	123
bb)	Die Fehlanwendung eines Produkts – Unterscheidung zwischen vorhersehbarer und unvorhersehbarer Fehlanwendung	124
3.	Zusätzliche Verpflichtungen in § 6 ProdSG	126
a)	Instruktionspflichten	126
b)	Produktbeobachtungs- und Gefahrabwendungspflichten (§ 6 Abs. 2 und 3 ProdSG)	127
4.	Zwischenergebnis	129
B.	Weitere dogmatische Ansatzpunkte für eine Konkretisierung der Herstellerpflichten	130
1.	(Vorstraf-)Rechtliche Produktsicherheitsregel	130
a)	Einführung	130
b)	Wirkungen der Einhaltung und der Verletzung von (vorstraf-) rechtlichen Produktsicherheitsregeln	131
aa)	Wirkung der Einhaltung (vorstraf-)rechtlicher Produktsicherheitsregeln	132
(1)	Erste Ausnahme: Fehlende Risikoidentität	132

(2) Zweite Ausnahme: Technisch veraltete bzw. falsche (vorstraf-)rechtliche Produktsicherheitsregeln	134
bb) Wirkung der Verletzung (vorstraf-)rechtlicher Produktsicherheitsregeln – Ausnahme	135
c) Zwischenergebnis	136
2. Produktzulassungen	136
a) Einführung	136
b) Dogmatisch-systematische Einordnung der Produktzulassungen ...	137
c) Wirkung der Produktzulassung auf die Strafbarkeit	139
aa) Strafeinschränkende Wirkung der Produktzulassungen	139
(1) Rechtswidrige Produktzulassungen	139
(2) Nachträgliche Kenntnis des Produktrisikos	141
bb) Strafbegründende Wirkung der Produktzulassungen	142
d) Zwischenergebnis	142
3. Vorrechtliche Produktsicherheitsregeln	143
a) Einführung	143
b) Rechtsnatur der vorrechtlichen Produktsicherheitsregeln	144
c) Wirkungen der Einhaltung bzw. der Verletzung von vorrechtlichen Produktsicherheitsregeln	145
aa) Vorrechtliche Produktsicherheitsregeln und Vorhersehbarkeit des Erfolgs	145
bb) Notwendige Normativierung der Vorhersehbarkeit des Erfolgs	146
cc) Konsequenzen der Einhaltung adäquater vorrechtlicher Produktsicherheitsregeln	147
dd) Konsequenzen der Verletzung adäquater vorrechtlicher Produktsicherheitsregeln	148
ee) Konsequenzen der Einhaltung bzw. Verletzung inadäquater vorrechtlicher Produktsicherheitsregeln	149
(1) Auf einer Überforderung beruhende inadäquate Produktsicherheitsregeln	149
(2) Auf einem unzureichenden Rechtsgüterschutz beruhende inadäquate Produktsicherheitsregeln	150
d) Zwischenergebnis	151
4. Zivilrechtliche Verkehrssicherungspflichten	151
a) Einführung	151
b) Grundzüge der zivilrechtlichen Produkthaftung	152
aa) Deliktische Produkthaftung (§ 823 Abs. 1 BGB)	153
(1) Haftungsvoraussetzungen	153
(2) Beweis der Haftungsvoraussetzungen	154
bb) Haftung aus § 1 Abs. 1 ProdHaftG	155
(1) Haftungsvoraussetzungen	155
(2) Haftungsausschlussgründe	156
c) Übertragbarkeit der zivilrechtlichen Verkehrssicherungspflichten auf das Strafrecht	157

a)	Argumente für eine Übertragung des zivilen Produkthaftungsrechts ins Strafrecht zur Verhaltenspflichtkonkretisierung	157
b)	Argumente gegen eine Übertragung des zivilen Produkthaftungsrechts ins Strafrecht zur Verhaltenspflichtkonkretisierung	158
c)	Stellungnahme	159
d)	Wirkungen der Einhaltung und der Verletzung von zivilrechtlichen Verkehrssicherungspflichten	160
a)	Einhaltung von zivilrechtlichen Verkehrssicherungspflichten	160
b)	Verletzung von zivilrechtlichen Verkehrssicherungspflichten	161
e)	Zwischenergebnis	161
C.	Abwägung von Nutzen und Risiko	162
III.	Spanisches Recht	163
A.	Konkretisierung der Herstellerpflichten durch die Erläuterung des Begriffs „gesundheitsschädlich“	164
1.	„Gesundheitsschädliche“ Lebensmittel i.S.d. Art. 1.01.01 des Spanischen Lebensmittelgesetzbuchs	165
2.	„Gesundheitsschädliche“ Lebensmittel i.S.d. Art. 14 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28.1.2002	165
3.	Zwischenergebnis	166
B.	Weitere dogmatische Ansatzpunkte für eine Konkretisierung der Herstellerpflichten	167
1.	(Vorstraf-)Rechtliche Produktsicherheitsregeln	167
a)	(Vorstraf-)Rechtliche Regeln im Lebensmittelbereich	167
b)	Wirkungen der Einhaltung bzw. Verletzung von (vorstraf-)rechtlichen Produktsicherheitsregeln	168
2.	Produktzulassungen	169
a)	Einführung	169
b)	Dogmatisch-systematische Einordnung der Produktzulassungen ...	169
c)	Wirkung der Produktzulassung auf die Strafbarkeit	171
3.	Vorrechtliche Produktsicherheitsregeln	172
a)	Einführung	172
b)	Rechtsnatur der vorrechtlichen Lebensmittelsicherheitsregeln	172
c)	Wirkungen der Einhaltung und der Verletzung vorrechtlicher Lebensmittelsicherheitsregeln	173
aa)	Einwände gegen die Heranziehung vorrechtlicher Regeln zur Konkretisierung der Herstellerpflichten	173
(1)	Einwände in Bezug auf das Gesetzlichkeits- und Rechtssicherheitsprinzip	174
(2)	Kriminalpolitische Einwände	174
bb)	Indizfunktion vorrechtlicher Produktsicherheitsregeln	176

4.	Zivilrechtliche Verkehrssicherungspflichten	177
a)	Grundzüge der zivilrechtlichen Produkthaftung	177
aa)	Außervertragliche Produkthaftung (Art. 1902 Código Civil)	178
	(1) Haftungsvoraussetzungen	178
	(2) Beweis der Haftungsvoraussetzungen	179
bb)	Haftung aus Real Decreto Legislativo 1/2007	180
	(1) Haftungsvoraussetzungen	180
	(2) Haftungsausschlussgründe	181
b)	Übertragbarkeit der zivilrechtlichen Kriterien zur Verhaltensnormkonkretisierung auf das Strafrecht	181
5.	Zwischenergebnis	183
C.	Abwägung von Nutzen und Risiko	183
IV.	Vergleich der deutschen und spanischen Kriterien zur Konkretisierung der Rechtspflichten des Herstellers	185
A.	Einführung	185
B.	Ähnliche Kriterien zur Konkretisierung der Rechtspflichten des Herstellers im deutschen und spanischen Recht – gemeinsames Modell	186
C.	Mängel des gemeinsamen Modells zur Konkretisierung der Herstellerpflichten	188
1.	Notwendigkeit einer materiellen Begründung für die Grundregeln	188
2.	Unzulänglichkeit der dogmatischen Ansatzpunkte für die Pflichtenkonkretisierung	188
3.	Unzulänglichkeit der Risiko-Nutzen-Abwägung für die Pflichten- konkretisierung in produktstrafrechtlichen Konstellationen	189
D.	Notwendigkeit einer Korrektur des gemeinsamen Modells zur Pflichtenkonkretisierung	190

Vierter Teil

Eigener Lösungsansatz zur Konkretisierung der Herstellerpflichten

I.	Einführung	192
II.	Verbot des Inverkehrbringens von bei sachgemäßer bzw. vernünftiger Benutzung gefährlichen Produkten	194
A.	„Neu entwickelte“ Produkte	194
1.	Gefahrerkennungspflichten	195
a)	Allgemeine Erwägungen zum Kriterium der Erkennbarkeit	196
b)	Zu erkennende Produktgefahren	198
c)	Wissensbasis für die Erkennbarkeit	200
2.	Gefahrreduzierungspflichten	201
a)	Einführung	201
b)	Zu reduzierende Produktgefahren	202
aa)	Von einem bestimmungsgemäßen Gebrauch ausgehende Produktgefahren	203

bb)	Von einer sozial üblichen Fehlanwendung ausgehende Produktgefahren	203
cc)	Keine Gefahrreduzierungspflicht bezüglich der bei einer irrationalen Fehlanwendung entstehenden Produktgefahren	204
dd)	Zwischenergebnis	205
c)	Maßstäbe zur Konkretisierung der Gefahrreduzierungspflichten	206
aa)	(Vorstraf-)Rechtliche und vorrechtliche Produktsicherheitsregeln, Produktzulassungen und zivilrechtliche Verkehrspflichten	206
bb)	Gefahrreduzierungsmaßnahmen für ähnliche Produkte	207
cc)	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Maßstab für die Konkretisierung der Gefahrreduzierungspflichten	208
(1)	Einführung	208
(2)	Geeignetheit der Gefahrreduzierungspflichten	209
(3)	Erforderlichkeit der Gefahrreduzierungspflichten	209
(4)	Angemessenheit der Gefahrreduzierungspflichten	210
(a)	Bedeutung des Kriteriums der Angemessenheit ...	210
(b)	Die Je-desto-Formel als Abwägungsregel?	211
(c)	Die wechselseitige Akzeptanzfähigkeit als Abwägungsmaßstab	212
(d)	Maßstäbe für die Adäquatheit	214
d)	Präzisierung der Konstruktions- und Instruktionspflichten unter Heranziehung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	214
aa)	Konstruktionspflichten	214
(1)	Bedeutung der Konstruktionspflichten	214
(2)	Erforderlichkeit der Konstruktionspflichten	215
bb)	Instruktionspflichten	216
(1)	Begrenzung der Instruktionspflicht durch das allgemeine Erfahrungswissen bzw. das spezielle Wissen des Verbrauchers	217
(2)	Inhalt, Form und Umfang des Warnhinweises	218
B.	Produkte, die schon auf dem Markt sind und die der Hersteller (weiter bzw. auch) vertreiben möchte	220
1.	Entscheidende Rolle der vorher schon beachteten Produktsicherheitsregeln	220
2.	Entdeckung einer neuen Konstruktions- bzw. Produktionsweise	221
C.	Strafrechtliche Folgen des Verstoßes gegen das Verbot des Inverkehrbringens gefährlicher Produkte	222
III.	Gebot, das Produkt ab der Inverkehrgabe zu beobachten – die Gefahrabwendungspflichten	223
A.	Produktbeobachtungspflicht	223
B.	Gefahrabwendungspflichten	224
1.	Mögliche Maßnahmen zur Gefahrabwendung	224

2.	Erforderlichkeitserwägung zur Feststellung der Gefahrabwendungsmaßnahmen	226
a)	Zu ergreifende Gefahrabwendungsmaßnahmen bei Instruktionmängeln bzw. Instruktionsfehlern	226
b)	Zu ergreifende Gefahrabwendungsmaßnahmen bei Konstruktions- bzw. Fabrikationsfehlern	226
c)	Zu ergreifende Gefahrabwendungsmaßnahmen bei drohenden Gefahren für Kinder	227
3.	Zumutbarkeit eines Produktrückrufs	227
C.	Strafrechtliche Folgen des Verstoßes gegen die Produktbeobachtungspflicht und die Gefahrabwendungspflichten	228

Fünfter Teil

**Konkretisierung der Verhaltensnormen des Angehörigen
eines Herstellerunternehmens**

I.	Einführung	229
II.	Deutsches Strafrecht	231
A.	Pflichtenkreis der Mitglieder der Unternehmensleitung	231
1.	Prinzip der Generalverantwortung und Allzuständigkeit der Unternehmensleitung	231
2.	Organisationspflichten	232
a)	Inhalt der Organisationspflichten	232
b)	Konkretisierung der Organisationspflichten	234
c)	Strafrechtliche Folgen des Verstoßes gegen Organisationspflichten	235
3.	Überwachungs- und Eingriffspflichten	236
B.	Pflichtenkreis der Mitarbeiter der Ausführungsebene	238
III.	Spanisches Strafrecht	239
A.	Einordnung des Art. 363 Nr. 2 spStGB als Sonderdelikt – Folgen für die Festlegung der für die Vermeidung von Produktrisiken Zuständigen	240
B.	Problematische Aspekte der Anwendung des Art. 363 Nr. 2 spStGB bei der Delegation von Pflichten	241
IV.	Zwischenergebnis	243
	Zusammenfassung	245
	Literaturverzeichnis	254